

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

11. Sitzung
1. September 2022

Beginn: 14.05 Uhr
Schluss: 17.10 Uhr
Vorsitz: Ellen Haußdörfer (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

1. „Wie vielen Schüler*innen konnte zum neuen Schuljahr kein Schulplatz zugewiesen werden, und wie hoch ist das rechnerische Schulplatzdefizit über alle Schulformen hinweg?“
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) antwortet auf die Frage von **Franziska Brychcy** (LINKE), SenBJF unternehme gemeinsam mit den Bezirken alle denkbaren Vorkehrungen, um die Schulplatzversorgung für alle Kinder dauerhaft zu sichern. Jeder Schülerin bzw. jedem Schüler sei zu Beginn des Schuljahrs 2022/23 ein Schulplatz zugewiesen worden. Es sei ihr wichtig zu betonen: Ein rechnerisches Schulplatzdefizit bedeute nicht, dass Kinder ohne Schulplatz auf der Straße stünden. Derzeit würden die Ist-Zahlen der Schülerinnen und Schüler der öffentlichen allgemeinbildenden Schulen des laufenden Schuljahrs erfasst. Die Zahlen lägen jährlich Oktober / November vor.

Laut des Monitorings 2021/2022 fehlten im Primarbereich rechnerisch rund 11 000 Schulplätze. Zehn Bezirke – Mitte, Pankow, Charlottenburg-Wilmersdorf, Spandau, Steglitz-Zehlendorf, Tempelhof-Schöneberg, Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg

und Reinickendorf – seien im Primarbereich als defizitär anzusehen. Eine bezirksscharfe Ausführung erfolge im Bericht – Sachstand zum Monitoring 2021/2022 – für den Hauptausschuss und sei zur Sitzung am 14. September 2022 vorgesehen.

Bei den Integrierten Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen bestehe bei einer Nachfrage von rund 64 200 Schülerinnen und Schüler und einem Angebot von rund 57 400 baulich zur Verfügung stehenden Plätzen ein Defizit von rund 6 800 Schulplätzen. Dieses Defizit sei schulorganisatorisch gelöst worden, sodass jeder Schülerin bzw. jedem Schüler ein Schulplatz zugewiesen worden sei. – Bei den Gymnasien übersteige die Nachfrage von rund 49 600 Schülerinnen und Schülern das Angebot von 46 800 Schulplätzen um rund 2 800 Plätze. Auch dieses Defizit sei schulorganisatorisch gelöst worden. – Insgesamt ergebe sich über alle Schularten hinweg ein Defizit von rund 20 600 rechnerisch fehlenden Schulplätzen.

Franziska Brychey (LINKE) fragt, wie sich die Investitionsplanung auf die zukünftige Schulplatzkapazität auswirken werde.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) führt aus, SenFin befinde sich bezüglich der Zuweisung an die Bezirke in der Feinabstimmung. Der Senat werde in der nächsten Woche das weitere Verfahren festlegen. Am 13. September 2022 sei die Befassung des Senats mit dem Investitionsplan vorgesehen. – Aus fachlicher Sicht von SenBJF sollten für jedes geplante Schulbauprojekt die entsprechenden Investitionsmittel bereitgestellt werden, um das Schulplatzdefizit dauerhaft abzubauen. Das hohe Investitionsvolumen des im Haushaltsplan eingestellten Mittel für den Schulbau und die Schulsanierung lasse erkennen, dass der Senat dort einen deutlichen Schwerpunkt sehe.

2. „Wie bewertet der Senat die aktuelle Situation an der im Hinblick auf deren Handlungsfähigkeit im Hinblick auf die Besetzung von Funktionsstellen, die Gewährleistung des Kinderschutzes und grundsätzlich das Vertrauen in die Schulleitung?“
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) antwortet auf die Frage von **Katharina Günther-Wünsch** (CDU), dass die Situation an der Staatlichen Ballett- und Artistikschule grundsätzlich als „gut“ zu bewerten sei. Die Handlungsfähigkeit werde aktuell durch eine amtierende Schulleiterin sichergestellt. Seit Februar 2022 sei regulär auch eine stellvertretende Schulleiterin im Amt. Die Fachbereichsleitung Bühnentanz stehe vor einer Neuausschreibung. Aktuell werde dieser Fachbereich von einer Ballettpädagogin kommissarisch geleitet. Die Stelle einer bzw. eines Qualitätsbeauftragten sei neu ausgeschrieben worden. Bei der Personalentwicklung werde grundsätzlich auf die Stärkung der pädagogischen Expertise geachtet.

Zu Beginn des Schuljahres werde ein Studientag zur Implementierung des erarbeitenden und auf die Belange der Schule zugeschnittenen Verhaltenskodex durchgeführt, um das Bewusstsein für das Thema weiterhin zu schärfen und eine deutliche Verbindlichkeit zu erzielen. An der Entwicklung und Implementierung des Kinderschutzkonzeptes seien ProSchul von SenBJF und der Verein Wildwasser e. V. Berlin beteiligt. Zugleich konstituierten sich das Präventions- und das Beratungslehrkräfte team an der Schule neu. Letzteres werde personell verstärkt, um eine gute Präsenz und Ansprechbarkeit zu gewährleisten. Im Präventionsteam seien Vertreterinnen und Vertreter aller Fachbereiche und des Internats vertreten. Bei der Steuerung nehme die Schulleitung eine entscheidende Rolle ein. – Insgesamt sei in den vergangenen

zwei Schuljahren eine wachsende Kultur des Hinschauens zu konstatieren; die Schülerinnen und Schüler würden sich mehr anvertrauen und aufseiten der Lehrkräfte nehme die Handlungssicherheit zu.

3. „An wie vielen Schulen kann der reguläre Unterricht trotz schulinterner Maßnahmen (Kürzungen und größere Klassen) nicht abgedeckt werden – wie beispielsweise an der Grundschule Alt-Karow, wo Kindern einer 6. Klasse aufgrund von Lehrermangel kein Stundenplan ausgehändigt werden konnte?“
(auf Antrag der Fraktion der AfD)

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) antwortet auf die Frage von **Thorsten Weiß** (AfD), dass alle Berliner Schulkinder Unterricht erhielten. Es sei nicht ungewöhnlich, dass sich Stundenpläne kurzfristig änderten, wenn wie an der Grundschule Alt-Karow eine Klassenlehrerin langzeiterkrankte. Das könne einen Dominoeffekt auslösen, der sich auf die gesamte Unterrichtsabdeckung einer Schule auswirken könne. Die Schulleitung arbeite mit Hochdruck daran, den Ausfall der Lehrerin zu kompensieren.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorlägen und dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen sei.

b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) erklärt, an den allgemeinbildenden Schulen seien über 330 000 Schülerinnen und Schüler gut in das neue Schuljahr gestartet. 37 000 Kinder seien eingeschult worden. Das sei die höchste Zahl seit 2005. Sie habe an zwei Einschulungsfeiern selbst teilgenommen.

Am 7. Juli 2022 habe sie gemeinsam mit der Regierenden Bürgermeisterin und dem Staatssekretär Slotty im Rahmen eines Festaktes 220 Referendarinnen und Referendaren die Ernennungsurkunde als Beamte auf Probe überreicht. Die Wiedereinführung der Verbeamtung von Lehrkräften erhöhe die Attraktivität des Berufs für den Standort Berlin und sei ein wichtiger Baustein in der Strategie zur Lehrkräftegewinnung.

Die immer noch spürbaren Auswirkungen der Pandemie und der Krieg in der Ukraine stellten das Berliner Schulsystem weiterhin vor große Herausforderungen. Bislang seien über 5 000 geflüchtete Kinder in das Berliner Schulsystem aufgenommen, 200 Willkommensklassen eingerichtet und 284 neue Lehrkräfte für Willkommensklassen eingestellt worden.

Nach dem Modell der Campusschule würden zwei deutsch-ukrainische Schulen an drei Standorten errichtet. Durch diesen Schritt werde die tiefe Verbundenheit mit der Ukraine unterstrichen und die deutsch-ukrainische Bildungskooperation gestärkt.

In den Kitas seien aktuell über 1 000 ukrainische Kinder aufgenommen worden.

Besonders herausfordernd sei die hohe Zahl unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter. Bis August 2022 seien 1 927 unbegleitete minderjährige Geflüchtete in Berlin angekommen. Damit würden die Zahlen der Vorjahre deutlich übertroffen. SenBJF sei es gelungen, über 700 neue Plätze zur Unterbringung und pädagogischen Betreuung der Jugendlichen zu schaffen.

Sie habe in den Sommerferien eine Ferienschule im OSZ Bekleidung und Mode besucht. – Insgesamt hätten in den Sommerferien über 3 000 Schülerinnen und Schüler an den Ferienschulen teilgenommen.

An den Schulen werde weiterhin eine freiwillige Testung angeboten. SenBJF verfüge dafür über ausreichende Testkapazitäten. Ferner sei die flächendeckende Ausstattung durch Luftreinigungsgeräte sichergestellt. – Der Bundesgesundheitsminister und der Bundesjustizminister hätten einen Vorschlag zur Fortentwicklung des Infektionsschutzgesetzes erarbeitet und die sog. Winterreifenregelung für den Herbst vorgestellt. Danach erhielten die Länder die Möglichkeit, an den Schulen und Kitas eine Testpflicht zur Sicherheit des Präsenzunterrichts sowie eine Maskenpflicht für Kinder ab der 5. Klasse einzuführen.

In den nächsten Monaten werde die Gasversorgung eine wachsende Rolle spielen. Der Senat habe ehrgeizige Energieeinsparziele beschlossen, denen sich ihr Haus anschließe. So werde an den Schulen das Warmwasser – sofern vorhanden – abgestellt. Das Schulschwimmen solle weiterhin stattfinden. Bei dem Besuch eines Intensivschwimmkurses in den Ferien habe sie sich davon überzeugen können, dass Schwimmunterricht von großer Bedeutung sei und bei Kindern den Spaß am Sport maßgeblich fördere. – Schulen seien Orte des gemeinschaftlichen Miteinanders, und Kinder hätten ein anderes Wärmeempfinden als Erwachsene, daher sei beschlossen worden, die Temperatur an Grundschulen, Kitas und Förderzentren nicht abzusenken. Berlin setze sich mit Nachdruck über die Kultusministerkonferenz – KMK – für eine sichere Gasversorgung an den Schulen ein.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenBJF) fügt ergänzend hinzu, die Einrichtungen der Jugendhilfe seien in den letzten Jahren auf pro Tag durchschnittlich ein bis drei ankommende minderjährige Geflüchtete eingestellt gewesen. Mit Beginn des Krieges in der Ukraine seien bis Juni / Juli 2022 die Kapazitäten vervierfacht worden. Seitdem kämen zu den Geflüchteten aus der Ukraine Kinder aus anderen Regionen hinzu, die im Gegensatz zu den ukrainischen Kindern nicht zu 50 Prozent bei Freunden und Familie unterkämen. Das Platzkontingent sei mittlerweile um das rund Siebenfache gesteigert worden. In den Jahren 2015/16 seien pro Jahr 3 000 Jugendliche angekommen, SenBJF rechne damit, dass bis Ende diesen Jahres eine fast gleich hohe Zahl erreicht werde, jedoch verlaufe die Aufnahme der Kinder und Jugendlichen deutlich geordneter als in den Jahren 2015/16. Dennoch sei die Situation in allen Bundesländern herausfordernd.

Als Vorsitzende der Jugend- und Familienministerkonferenz – JFMK – befinde sich die Senatorin hinsichtlich der Fortführung des Programms Sprach-Kitas in Gesprächen mit den Ländern und dem Bund. Die Länder seien sich darin einig, dass die Sprach-Kitas erhalten bleiben sollten. Falls das Bundesprogramm nicht fortgeführt werde, müsse der Bund mehr Geld in das Gute-KiTa-Gesetz hineingeben, um die gekürzten Mittel für die Sprachförderung auszugleichen. Ferner sei die Existenz des Sozialpädagogisches Institut Berlin – SPI – gefährdet, das die Sprach-Kitas bisher koordiniere. Darüber hinaus sehe der aktuelle Entwurf vor, dass Bundesländer, die bislang die Beitragsfreiheit über das Gute-KiTa-Gesetz finanzierten, künftig

eine Beitragsstaffelung einführen müssten. Berlin sei davon zwar nicht betroffen, als JFMK-Vorsitzland aber das Sprachrohr für alle Bundesländer.

Franziska Brychey (LINKE) interessiert angesichts der 200 bislang eingerichteten Willkommensklassen, wie viele Schulplätze für ukrainische Kinder und Jugendliche von den Bezirken bereitgestellt worden seien, um den Kindern einen schnellen Übergang in die Regelklassen zu ermöglichen.

Katharina Günther-Wünsch (CDU) weist darauf hin, dass SenBJF vor den Sommerferien von 10 000 ukrainischen Kindern und Jugendlichen gesprochen habe, die in Berlin angekommen seien. Laut der Senatorin würden aktuell 5 000 Kinder und Jugendliche unterrichtet. Was sei mit den verbliebenen 5 000 Kindern?

Wie werde angesichts des steigenden Personalbedarfs durch die weitere Einrichtung von Willkommensklassen damit umgegangen, dass mehrere Hundert ukrainische Lehrkräfte weiterhin auf die Anerkennung ihrer Abschlüsse warteten? Bestehe auch für Berlin die Möglichkeit, die andere Bundesländer, beispielsweise Niedersachsen, nutzen, dass Personen, die glaubhaft darlegen könnten, einen Abschluss zu haben, zumindest vorübergehend einzustellen und den Abschluss nachreichen zu lassen? Dieses Vorgehen könne die Schulen sehr entlasten.

Wie werde an den Schulen in den kalten Monaten mit dem Konflikt zwischen Energiemangelversorgung und Pandemie – Stichwort Lüften und Nutzung von Raumluftfiltergeräten – umgegangen?

Die Bezirke hätten zur Unterhaltung der Schulen einen Betrag X erhalten. Nach Rückmeldungen der zuständigen Stadträte reiche dieser Betrag hinsichtlich steigender Kosten nicht aus, um die Schulen gut durch den Winter zu bringen. Was plane der Senat, um die Schulen zusätzlich zu unterstützen und Schulschließungen zu vermeiden?

Roman Simon (CDU) stimmt dem Staatssekretär Bozkurt zu, dass die Mittel für die Sprachförderung im Gute-KiTa-Gesetz angehoben werden müssten, falls die Sprach-Kitas nicht fortgeführt würden. Habe der Senat im Blick, dass die Fachkräfte in der Regel einen befristeten Vertrag bis Jahresende hätten und daher eine Einigung mit dem Bund möglichst bald erreicht werden müsse? Ansonsten stünden womöglich die Mittel, aber keine Fachkräfte mehr zur Verfügung.

Paul Fresdorf (FDP) äußert, es sei davon auszugehen, dass sich die Gasabschlagszahlungen für die Betreiber von Kindertagesstätten um ein Vielfaches erhöhten. Was plane der Senat, um die Schließungen von Kindertagesstätten zu verhindern? Werde es ein Sofortprogramm geben, um die Preissteigerungen für die Träger abzufedern?

Wann erhielten die Schulen eine Handreichung zu den aktuellen Änderungen des Infektionsschutzgesetzes? – Nach welchen Kriterien dürfe an den Schulen eine Maskenpflicht angeordnet werden?

Thorsten Weiß (AfD) fragt, wie im Herbst mit der Impfpflicht für das Lehrpersonal umgegangen werde.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) antwortet, SenBJF befinde sich bezüglich der Schulplatzkapazitäten für die ukrainischen Kinder und Jugendlichen im ständigen Austausch mit den Bezirken. Auch die Schulen in freier Trägerschaft trügen zur Unterstützung bei und nähmen viele ukrainische Kinder auf.

SenBJF sei bemüht, die Verfahren zur Anerkennung von Abschlüssen ständig zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) antwortet auf die Frage von **Katharina Günther-Wünsch** (CDU), es hätten sich 10 000 ukrainische Kinder und Jugendliche in Berlin registriert, davon seien 5 000 bis zu Beginn der Schulferien an den Schulen aufgenommen worden, weitere 1 000 stünden auf den Wartelisten. Bezüglich der verbleibenden 4 000 Kinder verfüge SenBJF über keinerlei Kenntnisse. Es sei möglich, dass diese Kinder zwischenzeitlich auf andere Bundesländer verteilt worden seien.

Es gälten die Coronamaßnahmen, die in der aktuellen Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Basischutzmaßnahmenverordnung festgelegt worden seien. Eine Test- bzw. eine Maskenpflicht könne nach festgelegten Kriterien angeordnet werden. Die Maskenpflicht werde über das Bundesinfektionsschutzgesetz geregelt. Sobald dazu auch ein Beschluss des Landes Berlin vorliege, werde der Senat die Maßnahmen für den Herbst bereitstellen.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) betont, dass in Klassenräumen – unabhängig vom Pandemiegeschehen oder Energienotstand – regelmäßig gelüftet werden müsse.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenBJF) bekräftigt, es sei ein großes Anliegen von SenBJF, das Programm der Sprach-Kitas fortzuführen. Dennoch werde über Pläne B, C und D nachgedacht. Es sei aber nicht hilfreich, dem Abschluss der Verhandlungen mit Alternativvorschlägen vorzugreifen. Der Erhalt der Sprach-Kitas werde auf jeden Fall prioritär behandelt.

Hinsichtlich der Energiekosten trete bei den Kitas zum einen ein Automatismus in Kraft, den es in Berlin an anderen Stellen so nicht gebe: Im November werde die Entwicklung des Verbraucherpreisindex herangezogen und der Betrag für die Betriebs- und Nebenkosten entsprechend angepasst. Ein weiterer Baustein sei der Härtefallfonds, über dessen Höhe und Gestaltung der Senat aktuell berat und der auch den Kitas zur Verfügung stehen solle. Der dritte Baustein sei die prioritäre Behandlung des Erhalts von Kitaplätzen. Der Kitaausbau verlaufe weiterhin erfolgreich. Im letzten Jahr seien 6 000 neue Kitaplätze entstanden. Derzeit laufe über die Förderprogramme ein Auswahlverfahren für ca. 3 000 neue Plätze. Kitas, die in ihrer Existenz bedroht seien, sollten sich an SenBJF wenden.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) ergänzt, der Senat habe beschlossen, dass die Luftfiltergeräte an den Schulen weiterhin laufen sollten. – Es werde weiterhin für das Impfen geworben, eine Impfpflicht gebe es nicht.

Tommy Tabor (AfD) fragt, ob bezüglich der Übernahme der Energiekosten für die freien Schulen die gleichen Regelungen wie für die Kitas gälten.

Katharina Günther-Wünsch (CDU) möchte wissen, ob die in der letzten Ausschusssitzung zugesagten Mittel inzwischen an die freien Schulen überwiesen worden seien.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) antwortet, für den gesamten Schulbereich gelte genauso wie für die Kitas, dass sich alle Vorgänge derzeit in der Prüfung bzw. Vorbereitung befänden. Vor dem Hintergrund der Energiekostensteigerung sei im Haushalt Vorsorge getroffen worden. Das ließe sich aber nicht „von heute auf morgen“ umsetzen.

Bezüglich der Übernahme der Schulplatzgebühren der freien Träger sei bereits vor den Sommerferien zwischen SenFin und SenBJF eine grundsätzliche Einigung erzielt worden. Es werde derzeit geprüft, wie die konkrete Umsetzung aussehen könne.

Der **Ausschuss** schließt den TOP ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0080](#)
BildJugFam
Schuljahresanfang 2022/23: Schulplatzversorgung und Personalsituation
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0081](#)
BildJugFam
Start in das Kita-Jahr 2022/23: Kitaplatzversorgung und Personalsituation
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0083](#)
BildJugFam
Situation des Ausbildungsmarkts in Berlin – Beginn des Ausbildungsjahres 2022/2023
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

Marcel Hopp (SPD) bittet um eine Einschätzung, wie sich zu Beginn des Schuljahres die Schulplatzversorgung sowie die Personalsituation darstelle und welche Perspektiven sich daraus ergäben.

Katrin Seidel (LINKE) erklärt, um einen geglückten Start in den Kitas und später einen erfolgreichen Übergang an die Schule zu ermöglichen, seien sowohl die Kitaplatzversorgung als auch die Personalsituation an den Kitas von entscheidender Bedeutung. Sie bitte um einen Überblick über die aktuelle Situation.

Paul Fresdorf (FDP) bittet um Darstellung, wie viele junge Menschen in die duale bzw. in die vollzeitschulische Ausbildung gegangen seien, und wie viele noch nach einem Ausbildungsplatz suchten.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) führt aus, das Schuljahr 2022/23 sei mit einer Rekordzahl an Schülerinnen und Schülern gestartet. Die Bezirke hinsichtlich Schulplatzversorgung zu unterstützen sowie weitere Fachkräfte an die Schulen zu binden, stelle SenBJF vor große Herausforderungen.

Die Schulen starteten zu Beginn des Schuljahres mit der Zählung der Schülerinnen und Schüler. Auf Grundlage dieser Daten erstelle SenBJF jährlich den statistischen Bericht, der in der Regel Anfang November veröffentlicht werde. Erst auf Basis dieser Veröffentlichungen könne im Abgleich mit den vorhandenen Schulplätzen empirisch gesicherte Daten zur Schulplatzversorgung getroffen werden. Da u. a. die Eingabe der Klassenstatistik und die Prüfung der großen Kontingente wie Sonderpädagogik und strukturelle Unterstützung erst am 16. September abgeschlossen seien, bezögen sich die folgenden Aussagen auf derzeit verfügbare Prognoseergebnisse:

Im Primarbereich: Gemäß der aktuellen Modellrechnung zur Schülerzahlenentwicklung würden 182 870 Schülerinnen und Schüler erwartet, dem stehe ein Platzangebot von 181 440 gegenüber.

Im Sekundarbereich: Zum jetzigen Zeitpunkt lägen für die Oberschulen ausschließlich prognostische Daten vor. Auf Basis der aktuell gültigen Bevölkerungsprognose stünden in der Sekundarstufe I der Integrierten Sekundarschulen und der Gemeinschaftsschulen 64 167 Schülerinnen und Schüler einem Angebot von 57 400 Plätzen gegenüber. – In der Sekundarstufe I der Gymnasien stünden 51 138 Schülerinnen und Schüler einem Angebot von 46 806 Plätzen gegenüber.

Durch die Umsetzung schulorganisatorischer Maßnahmen sei es jedoch gelungen, allen Schülerinnen und Schülern einen Schulplatz zuzuweisen.

Zur Fachkräftegewinnung: Trotz des harten Wettbewerbs um Lehrkräfte sei es gelungen, den Personalbedarf, wie im Frühjahr prognostiziert, zu decken. Dabei unterstützten 455 Quereinsteigende, die mindestens ein Fach der Berliner Schule studiert hätten, sowie 38 sonstige unbefristete Lehrkräfte. Bei insgesamt 34 000 Lehrkräften betrage die noch vorhandene Lehrkräftelücke 875 Vollzeiteinheiten. Es werde weiterhin an der Reduzierung dieser Lücke, die im Mai 2022 noch bei 920 offenen Stellen gelegen habe, intensiv gearbeitet.

Zu multiprofessionellen Teams: Die Schulen nutzten die Möglichkeit zur Bildung der multiprofessionellen Teams in immer stärkerem Maße. Die Zusammensetzung erfolge in Abhängigkeit der Bedürfnisse und in Abstimmung mit der Einzelschule. Zum neuen Schuljahr seien 43 pädagogische Unterrichtshilfen, 21 Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter sowie 12 Psychologinnen und Psychologen in die Teams neu aufgenommen worden.

Zur ergänzenden Förderung für den Bereich der außerunterrichtlichen und ergänzenden Förderung und Betreuung seien auf Grundlage der Modellrechnung ca. 292 Erzieherinnen und Erzieher eingestellt worden. Derzeit erfolge die Prüfung aufgrund der durch die Eltern geschlossenen Betreuungsverträge und des daraus entstehenden tatsächlichen Bedarfs. Im Falle eines höheren Bedarfs würden weitere Erzieherinnen und Erzieher eingestellt. Es lägen SenBJF entsprechende Bewerbungen vor, sodass ein schnelles Nachsteuern möglich sei.

Franziska Brychey (LINKE) weist darauf hin, dass der Schulplatz- und der Fachkräftemangel zu beengten Klassenräumen sowie pädagogischen Einschränkungen und Verlusten geführt hätten, so könnten Grundschulen teilweise ihr pädagogisches Team nicht voll besetzen und z. B. die Humboldthain-Grundschule keine jahrgangsübergreifende Lerngruppen – JüL – mehr anbieten. Welche Instrumente – Stichwort Schulaufsichten – stünden zur Verfügung,

um im laufenden Schuljahr, insbesondere an den Schulen, an denen der Fachkräftemangel besonders hoch sei, weitere Einstellungen vorzunehmen? Wie würden z. B. die neuverbeamteten Lehrkräfte dazu motiviert, an diese Schulen zu gehen? Wie werde sichergestellt, dass Quereinsteigende weiterhin eine gute Betreuung erhielten und Mentorinnen- bzw. Mentorenstunden nicht wegfielen?

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) betont eingangs, es sei nicht zu beschönigen, dass noch einige herausfordernde Jahre bevorstünden. – Hinter dem Begriff „schulorganisatorische Maßnahmen“ stehe, dass jede Einzelschule große Anstrengungen unternommen und auch Opfer gebracht habe, um Schulplätze einzurichten. – SenBJF könnte jeden Tag Lehrkräfte einstellen, da gebe es keinerlei Begrenzung. Sie verweise in diesem Zusammenhang auch auf die größte Berufs- und Informationsmesse im Bildungsbereich, den Berlin-Tag, der am 10. September stattfinde.

Christian Blume (SenBJF) unterstreicht, SenBJF stelle kontinuierlich Lehrkräfte und weiteres pädagogisches Personal ein und steuere verstärkt Personal in die Regionen mit besonders hohem Bedarf. Es sei auch versucht worden, die verbeamteten Lehrkräfte über Kontingente berlinweit gleichmäßig zu verteilen. SenBJF habe die Herausforderungen der Steuerung im Vorfeld thematisiert und sowohl den Schulen als auch den Außenstellen zusätzliche Instrumente an die Hand gegeben.

SenBJF statte als erste Steuerungsebene die Regionen mit Personal aus. Auf der zweiten Steuerungsebene obliege es der Schulaufsicht, in den Außenstellen für eine möglichst gleichmäßige Personalausstattung zu sorgen. Diese Verteilung begleite SenBJF durch ein Monitoring. Auf der Grundlage der bislang vorliegenden Zahlen könne davon ausgegangen werden, dass an allen Schulen die Stundentafel sicher abgedeckt werden könne. Auf der dritten Steuerungsebene stehe die Einzelschule. Im Rahmen der eigenverantwortlichen Schule liege es in der Verantwortung der jeweiligen Schulleitung, Entscheidungen zu treffen und den Unterricht abzusichern.

Paul Fresdorf (FDP) wiederholt die Frage von **Franziska Brychcy** (LINKE), inwiefern pädagogische Angebote unter den vollbesetzten Klassen litten. Seiner Rechnung nach seien 20 000 zusätzliche Schülerinnen und Schüler in die Schulen „gequetscht“ worden, das entspreche einem Zuwachs von 5 Prozent. Welche Einschränkungen ergäben sich daraus? Seien einzelne Schulen durch den Platzmangel gezwungen, ihre Konzepte zu ändern? Wie schnell könne SenBJF erreichen, dass sich die Situation entspanne und die Schulen wieder arbeiten könnten?

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) hält dem entgegen, die Schulen arbeiteten jeden Tag. Es gebe sogar wissenschaftliche Untersuchungen, die belegten, dass die Klassengröße keinen Einfluss auf den Lernerfolg habe. Unabhängig davon sei es richtig, dass große Klassen die Arbeit erschwerten. Vor den letzten Jahren mit niedrigen Klassenfrequenzen seien volle Klassen die Regel gewesen. Allen Schülerinnen und Schülern müsse ein Schulplatz angeboten werden. Im Rahmen der eigenverantwortlichen Schule könnten die Schulen selbst entscheiden, wo sie Möglichkeiten sähen, Lerngruppen zu entzerren. An dieser Stelle könnten wiederum die multiprofessionellen Teams und das Konzept der Ganztagschule, das für die Verteilung der Stunden ein größeres zeitliches Fenster biete, zur Erleichterung beitragen. Die Steuergruppen der jeweiligen Schulen müssten sich zusammensetzen und eigenverantwortlich

entscheiden, welcher Weg für ihr Haus der beste sei. Da könne die Verwaltung kein Modell vorgeben.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) ergänzt, in Berlin gebe es lediglich eine Schule, an der die Stundentafel noch nicht voll abgedeckt sei. Die Gespräche befänden sich dort seiner Einschätzung nach in den letzten Zügen. Die Hälfte aller Berliner Schulen befinde sich im Toleranzbereich oder liege über dem Zielwert, das hieße, dort stehe ausreichend Personal auch für weitere Angebote zur Verfügung. Bei der anderen Hälfte bestehe personeller Nachholbedarf. Das entspreche den auch in der Presse genannten 875 Vollzeitäquivalenten.

Thorsten Weiß (AfD) möchte wissen, an welcher Schule die Stundentafel nicht abgedeckt werden könne.

Louis Krüger (GRÜNE) fragt, welche Stunden an den anderen Schulen wegfielen, an denen Lehrkräfte fehlten? Seien davon auch die Förderstunden betroffen?

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) antwortet, der Name der Schule liege ihm nicht vor. – Gemäß den neuen Verwaltungsvorschriften zur Zumessung von Lehrkräften werde den Schulen eine gewisse Flexibilität eingeräumt. Die Schulen entschieden selbst, was sie benötigten. Die Bedürfnisse seien vor Ort sehr unterschiedlich, daher könne SenBJF keine Festlegungen vornehmen, die für alle Schulen gleichermaßen gälten. Seit Schuljahresbeginn habe SenBJF von keiner Schule eine Problemanzeige, dass „größere Katastrophen“ anstünden, erhalten.

Die 875 Vollzeitäquivalente verteilten sich statistisch gesehen über alle Schulen hinweg, das entspreche ungefähr eine Stelle pro Schule. Es sei bedauerlich, dass die Personalausstattung an den Schulen teilweise sehr unterschiedlich ausfalle. SenBJF habe bereits vor den Sommerferien angekündigt, dass in Zukunft bei der Personalsteuerung eine andere Systematik angewandt werden müsse.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) ergänzt, 3 Prozent der Zumessung seien für Arbeitsgemeinschaften gedacht. So könne eine Schulleitung entscheiden, beispielsweise für die AG Basketball jemanden von außen „einzukaufen“ und dadurch eine Kollegin bzw. einen Kollegen für den Mathematikunterricht zur Verfügung zu haben. Auf diese Weise entstehe eine „Reserve“ und Förderstunden würden nicht gekürzt.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer hält fest, dass TOP 2 a abgeschlossen sei.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) führt zu TOP 2 b einleitend aus, der Start in das neue Kitajahr sei reibungslos verlaufen. Aktuell besuchten 158 400 Kinder die 2 900 Berliner Kitas. 37 000 Kinder hätten in diesem Sommer das Kitasystem Richtung Schule verlassen. Zu Beginn des Kitajahrs stünden nach Angaben der Träger rund 188 000 Betreuungsplätze in den Kitas und Kindertagespflegeeinrichtungen zur Verfügung. Der kontinuierliche Platzausbau und das fortgesetzte Engagement der Träger führten zu einem stetigen Aufwuchs des Angebots.

Am Ende des Kitajahres 2021/22 seien rund 182 000 Kinder in Kitas und Einrichtungen der Kindertagespflege betreut worden. Das Platzangebot sei allein im Jahr 2021 um rund 6 400

Plätze gesteigert worden. Im Ergebnis seien die Betreuungsquoten in allen Altersgruppen kontinuierlich gestiegen, bei den Ein- bis Dreijährigen in den letzten vier Jahren von 67,1 Prozent auf 71 Prozent und bei den Drei- bis Sechsjährigen von 91,9 Prozent auf 92,6 Prozent.

Stand 24. August 2022 seien nach dem Übergang der rund 37 000 Kinder in die Grundschulen allein im August ca. 20 000 Kinder neu in den Kitas aufgenommen worden. Die noch nicht belegten Plätze würden in den nächsten Monaten nach und nach durch bereits vorgemerkte Kinder belegt.

In den Tagespflegeeinrichtungen würden voraussichtlich künftig 5 500 Kinder betreut werden. Damit stünden bezogen auf das Gesamtsystem voraussichtlich ausreichende Platzkapazitäten zu Beginn des Kitajahres zur Verfügung.

Personal und Fachkräfte: Zum Stichtag 31. Juli 2022 seien in den Berliner Kitas 35 400 pädagogische Kräfte tätig, davon seien rund 5 600 Quereinsteigende, 26 000 Fachkräfte und rund 3 800 Fachkräfte für die Integration von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf. Laut der Software Berliner Jugendhilfe sei derzeit die geforderte Personalquote in den Kindertageseinrichtungen erfüllt.

Auch die Fachkräftesituation entwickle sich weiterhin positiv. Bezogen auf Vollzeitstellenäquivalente habe es seit 2017 ein Plus von rund 5 000 auf rund 29 100 gegeben.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) fragt, welche Herausforderungen sich nach dem aktuellen Förderatlas für die nächsten Jahre abzeichneten. In welchen Bereichen müsse nachgeschärft oder umgesteuert werden? Der Kitaplatzbedarf und das Platzangebot seien in Berlin sehr unterschiedlich verteilt. Welche Schwerpunkte setzte der Senat insbesondere für Kinder, für deren Entwicklung der Besuch einer Kita besonders wichtig sei?

Roman Simon (CDU) begrüßt es, dass die Senatorin auch die Anzahl der bis zum Ende des vergangenen Kitajahres belegten Plätze genannt habe. Diese Zahl sei deutlich aussagekräftiger als die der betriebsgenehmigten Plätze. Wenn ein Träger eine Betriebsgenehmigung beantrage, gehe er von einem bestimmten Betreuungskonzept aus. Während sich das Konzept noch ändern könne, bleibe die Zahl der genehmigten Plätze in der Regel in den Akten der Träger unverändert stehen. Zwischen den bis zum Ende des Kitajahres belegten 182 000 Plätzen und den aktuell vertraglich gebundenen 158 000 Plätzen bestehe eine erhebliche Lücke, die jedoch nicht dazu führe, dass alle Kinder in Berlin einen Kitaplatz bekämen.

Die Senatorin habe zurecht darauf hingewiesen, dass weiterhin Anstrengungen unternommen werden müssten, um den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz auch in Zukunft zu erfüllen. Da es aber immer schwieriger werde, genügend Fachpersonal zu gewinnen, sei es wichtig, auch über andere Wege nachzudenken. Er kenne die Prognosen der Kitaentwicklungsplanung, nach der in fünf Jahren ausreichend Personal vorhanden sein solle, bekanntermaßen liege aber die Berufsverweildauer der Menschen, die im Kitabereich neu anfangen, deutlich unter zehn Jahren.

Was plane der Senat hinsichtlich der nächsten Tarifverhandlungen? Denke der Senat im Rahmen der Fachkräftegewinnung darüber nach, neben den bestehenden auch neue Wege zur

Personalgewinnung einzuschlagen? – Wie wolle der Senat angesichts der gravierenden Baukosteninflation verhindern, dass Kitaträger von geplanten Projekten, die weitere Kitaplätze schaffen würden, abrückten?

Vorsitzende Ellen Haubdörfer bezieht für ihre Fraktion Position. – Der Anstieg um 6 400 neue Plätze in einem Jahr sei als „hervorragend“ zu bewerten. Der Anstieg der Betreuungsquoten, bezogen auf die Gesamtzahl von 182 000 Plätzen, mache deutlich, dass mehr Kinder im System ankämen und gleichzeitig das System selbst ausgebaut werde. Ihrer Kenntnis nach könne deutschlandweit im Vergleich keine andere Metropole oder ein anderer Stadtstaat eine ebenso hohe Zahl oder Vielfalt an Trägern und pädagogischen Konzepten vorweisen. Damit sei aber auch die Verpflichtung, u. a. der Kitaaufsicht, verbunden, sowohl die Qualität als auch die Quantität in der frühkindlichen Bildung aufrechtzuerhalten.

Sobald auf Bundesebene die Entwicklung des neuen KiTa-Qualitätsgesetzes weiter vorangeschritten sei, würde sie es begrüßen, wenn sich der Ausschuss über die ggf. erfolgten Änderungen verständigen und die weitere Entwicklung begleiten werde.

In der Sommerpause habe sie Meldungen erreicht, nach denen das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern in manchen Bezirken – z. B. in Prenzlauer Berg – gut abgebildet werde und sogar noch freie Kitaplätze vorhanden seien, während in anderen Bezirken – u. a. in Spandau, Reinickendorf und Treptow-Köpenick – die Situation teilweise weiterhin angespannt sei. Gebe es „ausreißende“ Bezirke oder Bezirksregionen, wo der Bedarf besonders hoch sei? Könne auch innerhalb der Bezirke eine bestimmte Entwicklung festgestellt werden?

Wie sehe die aktuelle Ausbildungssituation an den Fachhochschulen aus? – Aktuell entspinne sich in Berlin eine Diskussion, wer wen wie ausbilde. SenFin habe mit dem Angebot einer Ausbildung an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen und den damit einhergehenden Prämien einen Präzedenzfall geschaffen. Der Ausschuss werde sich deshalb dem Thema Fachkräftesituation noch einmal gesondert widmen müssen.

Es kursiere weiterhin die Mär, dass an den Kitas nur im August und im Februar, wenn die neu ausgebildeten Kräfte an die Kitas kämen, Aufnahmen stattfänden. Tatsächlich würden in jedem Monat Kitagutscheine eingelöst. Werde diese positive Entwicklung weiter anhalten?

Paul Fresdorf (FDP) fragt, ob sich der Senat dafür einsetzen werde, die Tätigkeit der Erzieherinnen und Erzieher in eine höhere Tarifgruppe einzugruppieren, um den Beruf attraktiver zu machen. – Plane der Senat, einerseits die Kitasozialarbeit auszubauen, um insbesondere in Brennpunktregionen für Entlastung zu sorgen, und andererseits verstärkt kaufmännische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzusetzen, um Kapazitäten beim pädagogischen Personal freizusetzen? Dadurch könnten die Leitungsfreistellungskontingente reduziert und die Pädagoginnen und Pädagogen verstärkt in der Gruppenarbeit eingesetzt werden. Das sei auch eine Möglichkeit, in kurzer Zeit Vollzeitäquivalente in einem deutlichen Ausmaß zu gewinnen. Wie viele offene Kitaplätze seien – aufgeschlüsselt nach Bezirken – vorhanden, und wie viele Eltern suchten noch einen Kitaplatz?

Tommy Tabor (AfD) möchte wissen, ob der Kita-Navigator weiterhin genutzt und aktualisiert werde. Wenn ja, wie hoch seien die jährlichen Zugriffszahlen, und gebe es Stoßzeiten?

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenBJF) antwortet auf die Frage von **Marianne Burkert-Eulitz** (GRÜNE), SenBJF orientiere sich bei der Vergabe der Fördermittel an dem Förderatlas, der einerseits den Förderbedarf und andererseits den prognostischen Platzbedarf in den einzelnen Regionen abbilde. Es werde deutlich, dass die Situation in Spandau, Treptow-Köpenick, Reinickendorf und Marzahn-Hellersdorf besonders herausfordernd sei. In die Entscheidungen zur Förderauswahl flössen noch weitere Kriterien, wie z. B. die Priorisierung der Jugendämter, hinein. Danach erhalte Spandau ein Fördervolumen von knapp 9,8 Mio. Euro, Treptow-Köpenick erhalte 8 Mio. Euro, Reinickendorf 7,7 Mio. Euro und Marzahn-Hellersdorf 4,9 Mio. Euro. Die Höhe der Fördermittel dürfe aber nicht mit der Anzahl der geförderten Plätze gleichgesetzt werden, da die Höhe der Kosten maßgeblich davon abhängen, ob es sich bei den Projekten um Neu- oder Umbauten handele. Treptow-Köpenick erhalte mit 523 Plätzen die größte Anzahl an geförderten Plätzen, gefolgt von Spandau mit 411 Plätzen, Marzahn-Hellersdorf mit 340 Plätzen und Reinickendorf mit 301 Plätzen. – Der Förderatlas weise immer mehr „weiße Flecken“ auf, ein Zeichen, dass sich die Lage nach und nach entspanne. Die „dunklen Stellen“ seien in der aktuellen Förderauswahl bedacht worden.

Die Hausleitung von SenBJF habe sich zum Ziel gesetzt, Zahlen und Probleme transparent darzustellen. Insgesamt stünden 188 000 Kitaplätze zur Verfügung, davon seien aktuell 158 400 Plätze besetzt und die Differenz daraus, also 29 600 Plätze, frei.

Da es derzeit kein laufendes Verfahren zum Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz gebe, gehe SenBJF davon aus, dass alle Eltern, die einen Kitaplatz wünschten, diesen auch erhalten hätten. Unterschiedliche Gründe könnten dazu führen, dass betriebsgenehmigte Plätze nicht angeboten würden, u. a. Fachkräftemangel, räumliche Veränderungen sowie konzeptionelle Entscheidungen.

Er sehe keine Belege dafür, dass es immer schwieriger sei, Kitafachkräfte zu gewinnen. Die Zahl der Fachkräfte sei von 2018 bis heute um 25 Prozent gestiegen. Eine ähnliche Entwicklung sei auch bei den Ausbildungszahlen erkennbar. Derzeit befänden sich rund 10 700 Personen in der Ausbildung. Die geplante Aufnahme des Hochschulbetriebs der Humanistischen Hochschule sei ein weiterer Schritt in diese Richtung und zeige den besonderen Fokus, den SenBJF auf die Verbesserung der Fachkräftesituation lege.

Bislang träfen nahezu alle Prognosen, die SenBJF getroffen habe, zu. Wenn sich die Rahmenbedingungen nicht gravierend änderten, werde noch in dieser Legislaturperiode das Angebot an Fachkräften den voraussichtlichen Bedarf übersteigen. Seiner Kenntnis nach gebe es in keinem anderen Bundesland eine ähnlich gute Situation.

2019 sei der Lohn für Erzieherinnen und Erzieher um 10 Prozent angehoben worden. Es gebe wenige Berufsgruppen, in denen eine vergleichbare Steigerung zu verzeichnen sei.

Es ließe sich ebenfalls durch Zahlen nicht belegen, dass Projekte aufgrund der Baukosteninflation zurückgezogen worden seien. Aus dem Antragsvolumen in Höhe von 250 Mio. Euro könne geschlossen werden, dass die Baukosteninflation aktuell noch kein Problem darstelle. Die erste Priorität laute nach wie vor: „Kitas bauen, bauen, bauen“. SenBJF behalte aber die Situation im Blick.

Das Parlament habe in den Haushaltsberatungen dafür gesorgt, dass die Mittel für die Kitasozialarbeit erhöht würden. Dieser Bereich bleibe also zumindest durch Modellprojekte im Fokus, weitere finanzielle Spielräume könnten sich durch die Veränderungen des Gute-KiTa-Gesetzes ergeben.

Um die Kitaleitungen zu entlasten, sei der Leitungsschlüssel von 1 : 100 auf 1 : 90 verbessert worden. Auch diese Situation werde weiterhin im Blick behalten.

Der Kita-Navigator werde genutzt und weiterentwickelt. – In Planung befinde sich die Weiterentwicklung des Familienportals von SenBJF.

Holger Schulze (SenBJF) erklärt, aktuell gebe es einen laufenden Tarifvertrag und für die Tarifverhandlungen sei SenFin zuständig. Es sei zu begrüßen, dass die Gehälter der Erzieherinnen und Erzieher vor einigen Jahren an die Entwicklung des TVöD und die S-Tabellen angeglichen worden seien. SenBJF bekomme zurückgespiegelt, dass diese Gehaltssteigerung anerkannt werde und auf große Zufriedenheit gestoßen sei. Über die weiteren Entwicklungen könne zum aktuellen Zeitpunkt nur spekuliert werden.

Die konkreten Zugriffszahlen auf den Kita-Navigator müsse er nachreichen. Die Anzahl der Zugriffe steigerten sich erfahrungsgemäß in der zweiten Hälfte des Kitajahres. Die Daten würden aus den Fachverfahren heraus generiert, das bedeute, wenn ein Träger einen Vertrag registriere, blocke er einen angebotenen Platz. Dieser Vorgang werde unmittelbar im Verfahren abgebildet und könne dazu führen, dass die Ampelfunktion im Kita-Navigator angepasst werde. Die Datenlage, die der Kita-Navigator abbilde, entspreche eins-zu-eins der Datenlage, die die Träger und die Einrichtungen dezentral eingäben. Das sichere einerseits eine hohe Aktualität und andererseits die Vollständigkeit der Daten. Alle Einrichtungen, die von SenBJF finanziert würden und in der Integrierten Software Berliner Jugendhilfe – ISBJ – eingegeben seien, würden im Kita-Navigator abgebildet. Die Eltern erhielten somit einen vollständigen Überblick über die Situation.

Wie viele Eltern derzeit einen Kitaplatz suchten, könne er aus dem Stegreif nicht sagen. Es könne nachvollzogen werden, wie viele Anträge für einen Kitagutschein aktuell in den Jugendämtern eingegangen seien und wie viele davon bereits zu einem Vertrag geführt hätten, jedoch sei im System nicht hinterlegt, bei welchen Einrichtungen sich wie viele Eltern gemeldet hätten. Die Kitaplatzsuche sei ein dezentraler Prozess zwischen den Eltern auf der einen und den Anbietern auf der anderen Seite. Der Kita-Navigator sei ein vollbewährtes Verfahren, an dem weiterhin festgehalten werde.

Es sei erfreulich, dass SenBJF in den letzten Jahren ein umfangreiches Fachschulsystem für den Kitabereich geschaffen habe. Mit der berufsbegleitenden Ausbildung sei ein attraktives Angebot gefunden worden, das von jungen Menschen nachgefragt werde. In den Fachschulen befänden sich über 10 000 Studierende. Diese Zahl habe sich auf niedrigem Niveau stetig erhöht, sodass von einer stabilen Größenordnung gesprochen werden könne. Diese Zahl decke sich mit den Prognosen in der Kitaentwicklungsplanung, sodass davon ausgegangen werde, dass ausreichend Fachkräfte in die Einrichtungen kämen.

Aktuell habe SenBJF eine Auswertung zu der Frage, wohin junge Menschen nach der Ausbildung gingen, erhalten. Danach hätten rund 52 Prozent vor, in die Kitas zu gehen, und rund

20 Prozent wüssten es zum Zeitpunkt der Befragung noch nicht. Daraus könne abgeleitet werden, dass ca. 60 Prozent der Menschen, die gegenwärtig in der Ausbildung seien, tatsächlich in den Kitas ankämen. Dieses Ergebnis decke sich vollständig mit der prognostischen Annahme von SenBJF und sei auch ein guter Hinweis darauf, dass der Beruf attraktiv sei.

Zusätzlich müsse beachtet werden, dass es sich um junge Menschen handle, die ab einem bestimmten Alter in hohem Maße über Familienplanung nachdächten. Eine große Zahl gehe durch Berufsverbot, Schwangerschaft usw. befristet aus dem Markt heraus, gehe dem Aufgabenfeld aber nicht dauerhaft verloren. Viele der vorliegenden Zahlen deuteten darauf hin, dass das Aufgabenfeld weiterhin eine hohe Attraktivität besitze, z. B. nehme die Zahl der Männer in dem Berufsfeld zu. Das zeige eine gute Ausgangslage, aber SenBJF kämpfe weiterhin darum, dass die Fachkräfte den Weg in das System fänden.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer hält fest, dass TOP 2 b abgeschlossen sei.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) erklärt einleitend zu TOP 2 c, dass das wesentliche Instrument, um junge Menschen unter 25 Jahre in die Phase des Übergangs in die Berufsvorbereitung oder in die Berufsausbildung zu begleiten und zu beraten, die Jugendberufsagentur Berlin sei. Mit der Praktikumsoffensive seien mehr als 1 000 Schülerinnen und Schüler, die während der Pandemie aufgrund von Kontaktbeschränkungen wenige oder überhaupt keine Praktikumsoptionen gehabt hätten, Erfahrungen in Betrieben und Unternehmen ermöglicht worden. Es sei vor allem durch aufsuchende Beratung gelungen, die Jugendlichen zu erreichen.

Um den Stellenwert der beruflichen Orientierung an den Schulen zu verdeutlichen, werde am 6. September rund 30 allgemeinbildenden Schulen das Qualitätssiegel für exzellente berufliche Orientierung verliehen.

Auch die beruflichen Schulen leisteten einen entscheidenden qualitativen Beitrag zur Stabilisierung des Ausbildungsmarktes. Es sei gut und richtig, dass dort, wo die Wirtschaft nicht aus eigener Kraft ausbilden könne, das Bildungssystem einspringe und vorschulische Ausbildungsplätze zur Verfügung stelle. Die traditionelle Stärkung der schulischen beruflichen Ausbildung in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Soziales sollten weiter ausgebaut werden. Ein weiter wachsender Fachkräftemangel in diesen Bereichen sei gesellschaftlich nicht verkraftbar.

In diesem Zusammenhang verweise sie auf den Talente Check Berlin, der sich an Jugendliche der 8. und 9. Klasse richte. – SenBJF plane, künftig bereits im Primarbereich mit der Berufsorientierung zu beginnen.

Mit der Integrierten Berufsausbildungsvorbereitung – IBA – stehe ein einheitliches Instrument zur Verfügung, das ein weiteres, sehr praxisnahes Bildungsangebot mit der Anbindung an eine erfolgreiche Ausbildungsaufnahme verknüpfe. Die Koordination und die Steuerung der gesamtstädtischen Jugendberufshilfe sei in der Abteilung Jugend bei SenBJF angesiedelt. Dort werde in enger Kooperation mit den Bezirken abgestimmt, wie junge Menschen mit zusätzlichem Unterstützungsbedarf erreicht und passende Angebote entwickelt werden könnten. Ziel sei dabei immer der Abbau von Ausbildungshemmnissen wie z. B. Drogenkonsum und Wohnungslosigkeit. Mit dem Kolpingwerk sei in der vergangenen Woche das Projekt Azubi-

und Jugendwohnen mit 138 Plätzen in Oberschöneweide eröffnet worden. Neben Wohnraum erhielten die Jugendlichen dort auch pädagogische Unterstützung.

Wie notwendig all diese Maßnahmen seien, zeigten auch die aktuellen Rahmendaten zum Ausbildungsstart 2022, die die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit am 31. Juli 2022 veröffentlicht habe. Sie werde im Rahmen des Jour fixe diese Daten mit der Geschäftsführerin der Regionaldirektion, Frau Dr. Ramona Schröder, auswerten.

Obgleich das Bild zum Ausbildungsstart 2022 noch unvollständig sei, ließen sich bereits einige Tendenzen ablesen. So sei es trotz der angespannten wirtschaftlichen Gesamtlage gelungen, die Zahl der gemeldeten Ausbildungsplätze um 1 220 Stellen auf 14 320, das entspreche einem Plus von 9,3 Prozent, zu steigern. Die Gesamtzahl der Bewerberinnen und Bewerber für einen dualen Ausbildungsplatz sei leicht gestiegen. Weiterhin bleibe ein Missverhältnis zwischen Bewerberinnen bzw. Bewerbern zu freien Ausbildungsplätzen bestehen. Das bedeute in Relation, dass in Berlin 132 Bewerberinnen bzw. Bewerber auf 100 freie betriebliche Ausbildungsplätze kämen. Im bundesweiten Vergleich kämen in Bayern lediglich 60 Bewerberinnen bzw. Bewerber auf 100 Plätze. Während in anderen Bundesländern händeringend nach jungen Menschen, die eine betriebliche Ausbildung beginnen wollten, gesucht werde, reichten in Berlin die zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze selbst bei optimaler Passung nicht aus. Theoretisch stehe für fast alle Bewerberinnen und Bewerber ein Ausbildungsplatz zur Verfügung, dennoch sei bis zum heutigen Tag nicht jeder Platz besetzt.

Die Ursachen dafür seien vielfältig. Es werde deutlich, dass eine intensive Beratung der jungen Menschen noch früher ansetzen müsse. Die BSO-Teams und BSO-Tandems an den allgemeinbildenden weiterführenden Schulen lieferten dafür den Rahmen, jedoch seien die Ergebnisse noch nicht zufriedenstellend. Deswegen müssten Berufe, in denen ein erhöhter Ausbildungsbedarf bestehe, verstärkt in den Fokus der beruflichen Orientierung gerückt werden.

In Berlin wirkten zwei parallele Herausforderungen auf den Ausbildungsmarkt: ein Besetzungs- und ein Versorgungsproblem. Beide führten zu einer hohen Altbewerberquote und zu dem im Bundesvergleich höchsten Durchschnittsalter von 20,9 Jahren bei Ausbildungsbeginn. Im Vergleich zu Hamburg sei an den absoluten Zahlen der bereitgestellten dualen betrieblichen Ausbildungsplätze ablesbar, dass der Sektor der betrieblichen Ausbildung in Berlin sehr klein sei und darin Bewerberinnen und Bewerber mit Hoch- und Fachhochschulreife ein dominierender Faktor seien. Die Lage für junge Menschen mit Berufsbildungsreife und MSA sei dagegen für viele Berufsbilder weit mehr als prekär. Es müsse also vor allem dafür gesorgt werden, dass Fachhochschul- oder Hochschulzugangsberechtigungen keine zwingenden Voraussetzungen für eine betriebliche Ausbildung würden.

Franziska Brychey (LINKE) fragt, wie weit die Überarbeitung des Berufs- und Studienorientierungskonzepts an den Schulen vorangeschritten sei. Wann sei damit zu rechnen, dass die Stakeholder ihre Stellungnahmen abgegeben hätten und das Konzept im Ausschuss behandelt werden könne? Es sei wichtig, dass die Berufs- und Studienorientierung trotz bestehenden Fachkräftemangels nicht „unter die Räder komme“. Der Übergang in den Beruf und das Erlangen eines Abschlusses müssten gleichrangig betrachtet werden.

Wie viele Klassen hätten den Talente Check in Anspruch genommen? Hätten sich auch jüngere Jahrgänge angesprochen gefühlt? – Sei demnächst geplant, das Projekt der Schulpaten an den Grundschule mit den eingestellten Haushaltsmitteln verstärkt umzusetzen?

Seien die ukrainischen Jugendlichen auch in den Willkommensklassen an den OSZs angekommen? Sei bereits abzusehen, wie hoch die Inanspruchnahme der Integrierten Berufsausbildungsvorbereitung – IBA – sei? Es habe immer im Fokus gestanden, in Berlin eine Ausbildungsgarantie anzustreben, das bedeute Jugendlichen entweder einen Ausbildungsplatz, vorrangig dual, oder auch einen Platz im IBA-Bildungsgang an den OSZs anbieten zu können.

Die Zahl der geschlossenen Ausbildungsverträge zeige weiterhin eine prekäre Situation. Laut dem Betriebspanel bildeten lediglich 17 Prozent der Berliner Betriebe aus. Der bundesweite Durchschnitt liege bei 28 Prozent. Plane SenBJF, gemeinsam mit SenIAS erneut auf die Betriebe zuzugehen, um die Ausbildungsbetriebsquote – insbesondere in Mangelberufen – zu erhöhen? Die Gesundheitssenatorin starte beispielsweise aktuell eine Kampagne zur Gewinnung von Auszubildenden in der Pflege.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) regt an, die Situation vonseiten der offenen Ausbildungsplätzen her zu betrachten. Von 14 000 angebotenen Ausbildungsplätzen seien 7 000 unbesetzt. Die IHK habe veröffentlicht, dass nahezu jede zweite Ausbildungsstelle nicht besetzt werden könne, da entweder keine Bewerbung eingegangen oder die Qualität nicht ausreichend gewesen sei. Die große Herausforderung bestehe demnach nicht darin, den Unternehmen mangelndes Engagement vorzuwerfen, sondern die Bewerberlage zu ändern. Ein wesentlicher Teil der Verantwortung liege bei der Berufsorientierung an den Schulen und damit bei SenBJF. – Im Haushalt seien Mittel zur Evaluation der Berufsorientierungsprogramme eingestellt worden. Wann plane der Senat, mit der Umsetzung zu beginnen, um in den Flickenteppich aus einzelnen, sicherlich gutgemeinten Berufsorientierungsprogrammen Klarheit zu bringen? – Werde bei der Bewertung, ob die angebotenen Ausbildungsplätzen ausreichen oder nicht, die Altbewerberquote herausgerechnet? – Führten die Jugendberufsagenturen die aufsuchende Beratung nach Schulabschluss oder noch während der Schulzeit durch?

Katharina Günther-Wünsch (CDU) fragt, ob der Senat darüber nachdenke, das Schulfach Wirtschaft, Arbeit, Technik – WAT – in den Jahrgangsstufen 9 und 10 wieder verpflichtend mit einem angemessenen Stundenkontingent und nicht nur fakultativ einzurichten. Das Matching-Problem habe bereits in der Vergangenheit, als die Praktika noch regulär stattgefunden hätten, bestanden. Es müsse die Frage gestellt werden, welche Berührungspunkte die Jugendlichen in der Schule insbesondere mit dualen Ausbildungsberufen hätten. Warum würden nicht die zur Diskussion stehenden Kürzungen des Rahmenlehrplans als Chance genutzt, mit der IHK, HWK und anderen Verbänden sowie mit der Industrie, Wirtschaft und dem Handwerk zu beraten, wie die Jugendlichen mit den Berufsfeldern stärker in Verbindung gebracht werden könnten? Könne das eine Maßnahme sein, die neben der angesprochenen vollschulischen auch die duale Ausbildung stärke?

Sven Meyer (SPD) bemerkt eingangs, er glaube nicht daran, dass die Schülerinnen und Schüler schlechter geworden seien. Das habe er schon in seiner Kindheit zu hören bekommen. – Er weise darauf hin, dass die Mittel für die Evaluation der beruflichen Orientierung bei SenIAS etatisiert seien. Wie sehe die Zusammenarbeit zwischen SenBJF und SenIAS bezüglich der Projekte zur Berufsorientierung aus? Wie könnten die Kompetenzen der beiden Senatsverwal-

tungen und die Finanzierung externer Angebote besser koordiniert werden? Plane SenBJF, die externen Angebote weiter auszubauen, um möglichst alle Schulen zu erreichen?

Die vorhandenen Werkstätten an den Schulen seien ein großes Pfund, um Schülerinnen und Schüler auch jenseits spezifischen Unterrichts kontinuierlich an Berufe heranzuführen, das aber nur bedingt genutzt werde. Habe SenBJF die stärkere Nutzung dieser Werkstätten im Fokus?

Einige Betriebe hätten ihm gegenüber die Bitte geäußert, die Bewerbungsfrist für die duale Ausbildung an den Betrieben vor die für die vollschulische Ausbildung an den OSZs zu legen, um so eine Wettbewerbsverzerrung zu verhindern. Viele Schülerinnen und Schüler zögen eine vollschulische Ausbildung am OSZ einer dualen Ausbildung in den Unternehmen vor, weil ihnen die schulische Ausbildung einfacher und vertrauter erscheine. Teile SenBJF diese Einschätzung?

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) informiert, 2021, im ersten Jahr des Talente Checks, hätten 3 600 Schülerinnen und Schüler teilgenommen. Es sei davon auszugehen, dass in diesem Jahr die Zahl ansteigen werde. – SenBJF befinde sich mit der IHK im ständigen Austausch.

Mirko Salchow (SenBJF) berichtet zum aktuellen Stand der Weiterentwicklung des Landeskonzepts zur beruflichen Orientierung, dass in der vorvergangenen Woche die Beiratssitzung mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern stattgefunden habe. Es sei in einer ersten Austauschrunde der Entwurf zur Fortschreibung diskutiert worden. Die Wirtschaftspartner hätten bereits angekündigt, in folgenden Sitzungen weitere Änderungsvorschläge für den Entwurf vorzubringen. SenBJF werde diese prüfen und ggf. weitere Anpassungen am Landeskonzept vornehmen. Wichtige Neuerungen: Der Talente Check werde in das Landeskonzept mitaufgenommen und die berufliche Orientierung werde bereits in die Primarstufe Eingang finden.

Es sei richtig, dass die zusätzlichen Mittel für die Evaluation beruflicher Orientierung bei SenIAS etatisiert seien. SenBJF werde im engen Austausch mit SenIAS darüber beraten, in welcher Form eine sinnvolle Evaluation der beruflichen Orientierung durchgeführt werden könne. Es sei kein ganz triviales Feld, zu validen Ergebnissen zu kommen, die es ermöglichen, kluge Ableitungen herauszuziehen.

Vor der parlamentarischen Sommerpause habe unter der Leitung der Regierenden Bürgermeisterin die Sonderkommission Ausbildungsplatzsituation und Fachkräftesicherung stattgefunden. Dort hätten Berufe zum Klimaschutz und zur Klimawende im Mittelpunkt gestanden. Dieses Berufsfeld umfasse von den einschlägigen technischen bis hin zu kaufmännischen Berufen, die für eine erfolgreiche Gestaltung der Klimawende notwendig seien, ein breites Spektrum. Es sei vereinbart worden, unter Federführung von SenIAS eine senatsverwaltungsübergreifenden Arbeitsgruppe zu gründen, die praktische Schritte konzeptionieren solle, um junge Menschen möglichst niederschwellig an diese Schlüsselberufe heranzuführen. Ziel sei es, dass die notwendigen Fachkräfte nicht erst in zehn Jahren sondern „auf Sicht“ zur Verfügung stünden.

Die Auslastungsquote des Talente Checks sei bis Jahresende sehr hoch. Schulen, die noch kurzfristig das Angebot nutzen wollten, sollten sich schnell um einen Timeslot bemühen. Derzeit biete SenBJF den Talente Check für zwei Lerngruppen pro Tag an.

Aktuell befänden sich ca. 600 ukrainische Schülerinnen und Schüler in den Willkommensklassen der beruflichen Schulen. Neben der curricularen Sprachentwicklung stehe von Beginn an die berufliche Ausrichtung und Orientierung im Fokus, auch im Angebot der Ferienschulen, an denen bereits viele Schülerinnen und Schüler der Willkommensklassen teilgenommen hätten.

SenBJF gehe davon aus, dass sich die Schülerzahlen sowohl im IBA-Bereich als auch in der dualen Ausbildung ungefähr auf dem Vorjahresniveau bewegten. Die ersten verlässlicheren „Wasserstandsmeldungen“ lägen nach der Schnellabfrage am 16. September vor. Seine Abteilung erwarte, dass trotz eines erfreulichen Anstiegs der dualen betrieblichen Ausbildungsplätzen im Vergleich zum Vorjahr um etwa 1 200, nach wie vor strukturelle Probleme, die den Berliner Ausbildungsmarkt seit Jahren kennzeichneten, eine Rolle spielten. Die Fachleute sähen in der bereits angesprochenen Angebots-Nachfrage-Relation von bis zu 130 Bewerberinnen bzw. Bewerbern auf einen Ausbildungsplatz einen wesentlichen Grund für das ausgeprägte Passungsproblem. Das Zahlenpaar von etwa 7 500 sowohl offenen Plätzen als auch unversorgten Bewerberinnen und Bewerbern sei selbstverständlich unbefriedigend. Es gebe verschiedene Gründe dafür, dass keine bessere Vertragsquote erreicht werde.

Es falle in den Zuständigkeitsbereich der Regionaldirektion und nicht der SenBJF, die Zahlen zur Ausbildungsplatzsituation zusammenzustellen. Er halte es jedoch für geboten, die Altbewerberinnen bzw. Altbewerber auf die noch zu versorgenden Plätze mitanzurechnen, denn die Zahlenverhältnisse eines stadtweiten Monitorings seien für SenBJF hinsichtlich Planung und Konzeptionierung der Bildungsgänge notwendig.

Ein Kennzeichen des Berliner Ausbildungsmarktes sei, dass der für SenBJF wichtige Part des dritten Sektors, die vollschulische Qualifizierung, im Vergleich zu den anderen Bundesländern nach wie vor der mit Abstand kleinste sei. SenBJF sei dualer Partner und damit in der Pflicht und bediene die Schülerinnen und Schüler, die mit einem geschlossenen Ausbildungsverhältnis kämen. Eine entscheidende Rolle übernahmen auch die beruflichen Schulen. In den zurückliegenden Krisen habe sich gezeigt, dass gerade die beruflichen Schulen aufgrund ihrer Infrastruktur eine Pufferfunktion erfüllten, indem sie eine Qualifizierung über subsidiäre Angebote ermöglichten. Z. B. böten die Berufsfachschulen in vielen Fällen gleichwertige Abschlussprüfungen an, und brächten im Ergebnis gleichqualifizierte Absolventinnen bzw. Absolventen auf den Markt, die die Unternehmen als Fachkräfte dringend benötigten.

Tommy Tabor (AfD) wirft ein, dass die Hochschulen mangelnde Studierfähigkeit und die Betriebe mangelnde Ausbildungsreife beklagten. Laut der Aussagen von Ausbildungsbetrieben ließen Leistungsbereitschaft, Disziplin und Wille immer stärker nach und eine Work-Life-Balance stehe im Vordergrund. – Inwiefern liege es aus Sicht des Senats an den Lerninhalten der Rahmenlehrplänen und an deren Vermittlung, dass immer mehr junge Leute Defizite im logischen Denken, Schreiben, Lesen und Verstehen aufwiesen? – Laut eines Artikels des „Tagesspiegel“ aus dem Jahr 2019 seien 320 000 Menschen in Berlin Analphabeten.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) weist darauf hin, dass bereits im Römischen Reich über undisziplinierte Schüler, die nichts wüssten und sich gegenüber Erwachsenen nicht ehrerbietig verhielten, geklagt worden sei. Die wichtigsten Partner der Schule seien die Eltern. Trotz größter Anstrengungen könnten Pädagoginnen und Pädagogen nicht die gesamte Welt richten. – Es sei bedauerlich, dass es immer noch viele Menschen gebe, die weder lesen noch schreiben könnten. Diese hätten in der Regel aber nicht zehn Schuljahre durchlaufen. Sie verweise auf die zur Verfügung stehenden Programme, die darauf ausgerichtet seien, Erwachsenen Lesen und Schreiben beizubringen.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer hält fest, dass TOP 2 c abgeschlossen sei.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Bis zu 1.000 Lehrer fehlen, Frau Senatorin Busse ist auch daran gescheitert. Wie geht es weiter?
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0075](#)

BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 16.06.2022

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) erklärt, hinsichtlich der Verbeamtung von Lehrern stehe man unmittelbar vor der Fertigstellung des betreffenden Artikelgesetzes; es gehe danach wie vorgesehen in den Geschäftsgang. Andere Vorschläge, um mehr Lehrer für die Berliner Schule zu gewinnen – Willkommensprämien, BVG-Ticket etc. – hörten sich zunächst gut an, seien aber hinsichtlich der tarifrechtlichen Darstellung schwierig und zwischen den Tarifparteien zu klären.

Man unterstütze verstärkt den Einsatz multiprofessioneller Teams, und er kenne auf Ebene der KMK kein anderes Bundesland, das derart viel zur Entlastung seiner Lehrkräfte an den Schulen beitrage. Man fordere regelmäßig alle Schulleitungen auf, sich in ihren Kollegien für die Aufstockung von Teilzeitverträgen einzusetzen, und sei dabei, gemeinsam mit SenWGPB einen Pool an Wohnheimplätzen aufzubauen, wobei die Nachfrage nicht so stark sei, weil 75 Prozent der Lehramtsstudierenden in Berlin aus der Region kämen. Zur Studienplatzoffensive, dem Ausbau von Beratungsangeboten und zur Steuerungsgruppe zum Lehrkräftebedarf habe man bereits berichtet. Die Hochschulvertragsverhandlungen ständen unmittelbar bevor.

Als Maßnahmen im Rahmen der Personalakquise seien noch die Vorweggewährung der Erfahrungsstufe 5, befristet bis zum Jahresende, die Anhebung der Grundschullehrkräfte in A13 bzw. E13, der jährlich zweimal stattfindende Berlin-Tag als größte Bildungsinformationsmesse in Deutschland, die Einführung der Dienstzeitverlängerung für Lehrkräfte mit 120-prozentiger Besoldung bei über 65-Jährigen, die Beschäftigung von Pensionären, die Brennpunktzulagen, das Programm „Unterrichten statt ...“ für Masterstudierende, die auch künftige Reduktion der Abordnungen, die Quereinsteigsprogramme, der Seiteneinstieg für PKB-Kräfte und vieles mehr zu nennen.

Bei der KMK sei das Problembewusstsein hinsichtlich des Lehrkräftebedarfs vorhanden, und die Ständige Wissenschaftliche Kommission sei mit der Ausarbeitung eines umfangreichen Fragen- und Themenkatalogs beauftragt. Zum Jahresende würden Vorschläge für kurzfristige Maßnahmen und im kommenden Jahr – mit Berlin als Präsidentschaftsland – für langfristige Maßnahmen unterbreitet. Die KMK werde im November bei einer Exkursion an der Hochschule Zürich und der Universität Zürich zu anderen Modellen der Lehrkräftebildung informieren. – Hervorzuheben sei, dass die Situation in anderen Bundesländern deutlich schlimmer als in Berlin sei; er verweise z. B. auf Bayern oder Nordrhein-Westfalen mit Einstellungsbedarfen von ca. 6 000 Lehrkräften. Bundesweit fehlten zwischen 35 000 und 40 000 Lehrkräften.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) hebt hervor, dass man für den bereits angeführten Berlin-Tag bundesweit werbe. Hinsichtlich der Pensionäre habe man dafür gesorgt, dass nicht der Hinzuverdienst durch eine weitere Lehrtätigkeit zur Kürzung ihrer Pension führe.

Franziska Brychey (LINKE) erinnert daran, dass man für November 2022 die Bevölkerungsprognose und eine überarbeitete Lehrkräftebedarfsprognose erwarte. – Das Programm Beste Lehrkräfte Berlin PLUS sei mit 10 Mio. Euro zusätzlich ausgestattet worden, also mit insgesamt 17 Mio. Euro jährlich. Es gehe dabei um Quantität und Qualität, und man hoffe sehr, dass gemeinsam mit SenWGP ein gutes Programm aufgelegt werde, um mit den Hochschulen verbindliche Verabredungen in den Hochschulverträgen zu treffen – mit Anreizsystemen und Sanktionsmechanismen. Zudem hoffe man, dass SenFin die Verlängerung der Hochschulverträge um ein Jahr ermögliche – im Blick auf die langfristige Periode ab 2024. – Hinsichtlich der Corona-Delle erinnere sie an die bevorstehende Anhörung zur Lehrkräftebildung im Wissenschaftsausschuss, zu der die Ausschuss BildJugFam zugeladen sei.

In der gegenwärtigen Mangelsituation müsse die Steuerung verstärkt werden; Schulen mit einer Personalausstattung von 85 Prozent dürfe man nicht allein lassen. Auch Schulen in schwieriger Lage müssten prioritär mit voll ausgebildeten Lehrkräften ausgestattet werden; hierbei erwarte man weitere Instrumente für die Zukunft. In der Anhörung sei auf die Notwendigkeit von schulspezifischen Lösungen hingewiesen worden, wobei eine entsprechende Flexibilität der Schulaufsichten möglich sein müsse. – Wann sei mit dem Runden Tisch zum Lehrkräftemangel zu rechnen? Werde man über dessen Ergebnisse regelmäßig informiert?

Katharina Günther-Wünsch (CDU) bittet um nähere Informationen zu dem geplanten Runden Tisch und zur Reduzierung der Abordnungen.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) erklärt, der Runde Tisch zum Lehrkräftemangel werde in der nächsten Woche erstmals stattfinden. Man gehe offen an die Fragen heran und verspreche sich einige Ideen von diesem Format.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) sagt zu, dass man zu den Abordnungen eine Vergleichstabelle mit den konkreten Zahlen für 2021 und 2022 vorlegen werde.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer stellt Einvernehmen fest, dass der Tagesordnungspunkt abgeschlossen sei.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0014](#)
BildJugFam
Voraussetzungen für die Umsetzung der Kitaentwicklungsplanung 2022/23: Was wird benötigt?
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0021](#)
BildJugFam
Fehlende Kindergartenplätze in Berlin – wieso verschleppt Rot-Grün-Rot die Schaffung neuer Kindergartenplätze?
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 02.06.2022

Katrin Seidel (LINKE) erklärt, in der Anhörung habe man einige neue Vorschläge zur Umsetzung der Kitaentwicklungsplanung gehört, wobei sich nun die Frage stelle, inwieweit der Senat in dieser Richtung weiterarbeiten könne. – Die Unterstellung der CDU-Fraktion, der Senat verschleppe die Schaffung neuer Kindergartenplätze, sei klar zurückzuweisen; der Kitausbau laufe, in den Haushaltsberatungen seien zusätzliche Mittel bereitgestellt worden, und Staatssekretär Bozkurt habe auch in der heutigen Sitzung entsprechende Zahlen vorgetragen. Auch dank des Kitaförderatlasses bewege man sich wieder in Richtung Wunsch- und Wahlrecht, und zwar teilweise sogar wohnortnah.

Die Experten bzw. Expertinnen hätten in der Anhörung deutlich gemacht, dass das Kitasystem top und in der eingeschlagenen Richtung weiter auszubauen sei. Positiv sei insbesondere auch das Finanzierungssystem mit dem Kostenblatt und das Kitagutscheinsystem, von dem keiner ablassen wolle. Allerdings hätten die Experten bzw. Expertinnen als Kritikpunkt die Bürokratie der Baugenehmigungsverfahren etc. angeführt. Kritisiert worden sei auch, dass die Mitwirkung der Kitaaufsicht sehr langwierige Prozesse beinhalte, wobei mit dem Haushalt bereits gegengesteuert und bei der Kitaaufsicht eine Aufstockung vorgenommen worden sei; zu erwähnen sei insbesondere eine Architektenstelle. Habe sich in dieser Hinsicht bereits etwas getan? – Es seien mehr Ermessensspielräume insbesondere für kleine und Kleinsteinrichtungen gefordert und die Antragsverfahren bzw. die Förderrichtlinien als zu starr kritisiert worden. Sei es z. B. möglich, Förderrichtlinien unterjährig zuzulassen, damit kleine Einrichtungen auch kurzfristig partizipieren könnten?

Die Vertreter der Eigenbetriebe hätten großes Interesse an der Möglichkeit einer Kreditaufnahme gezeigt, um sich stärker am Ausbau zu beteiligen. Dieses Anliegen solle weiter verfolgt werden, um hierbei einen rechtssicheren Weg zu finden. – Maßnahmen zur Sanierung, zum Platzerhalt und zum Schutz der Gebäudesubstanz müssten zeitnah angegangen werden. Welche Chancen sehe der Senat hierbei? – Seitens des Landesjugendhilfeausschusses sei vorgeschlagen worden, wegen des Rückgangs der Vollzeitausbildung diese neben dem Quereinstieg und der berufsbegleitenden Ausbildung wieder zu unterstützen und zu einer Landesausbildungsförderung zu kommen. Welche Position habe der Senat hierzu?

Den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen gehe es nicht in erster Linie um Tarife und Geld, sondern um gute Personalrahmenbedingungen. Die im Zuge des Gute-KiTa-Gesetzes entwickelten Unterstützungssysteme seien aufrechtzuerhalten bzw. zu optimieren. Hierbei solle das NdH-Kriterium, wonach ein Anteil von mehr als 40 Prozent Kindern mit nichtdeutscher Herkunft in einer Einrichtung zu Personalzuschlägen führe, auf der Agenda bleiben. Es solle Ressourcengerechtigkeit im Kitasystem eingeführt werden; NdH-Zuschläge bekämen z. B. auch bilinguale Kitas, wo es keinen Förderbedarf gebe. Die Unterstützungssysteme und die Zuschlagstatbestände sollten in dieser Hinsicht überprüft werden.

Roman Simon (CDU) erklärt, einige Anzuhörende hätten kritisiert, dass Genehmigungsverfahren zu lange dauerten und eine Genehmigungsfiktion erstrebenswert wäre, und diese Aufgabe sollte man politisch angehen und angesichts der inflationären Tendenzen im Baubereich eine Genehmigungsfiktion schnell auf den Weg bringen. Die RV Tag enthalte für die Inflation bei den Sachkosten eine Regelung mit einer entsprechenden Dynamisierung. Diese Dynamisierung fehle aber in vielen Bereichen – z. B. bei der Zuzahlung der Eltern zu den Mittagess-

sen – und sollte eingeführt werden, damit nicht über die Inflation dem Kitasystem Geld entzogen werde.

Die CDU-Fraktion habe wiederholt eine Ausbildungsförderung in den Haushaltsberatungen beantragt, die die Regierungskoalition abgelehnt habe. Die Vorrednerin wolle nun offenbar darüber noch einmal nachdenken. Eine entsprechende Lösung sei aber von Regierungsseite nicht in Sicht, und das werde man als Kritikpunkt aufrechterhalten.

In der Anhörung habe z. B. Lars Békési darauf hingewiesen, dass 1 144 Plätze im Bezirk Lichtenberg baulich vorhanden seien, aber aufgrund mangelnder Fachkräfte nicht besetzt werden könnten. Staatssekretär Bozkurt habe in der heutigen Sitzung hingegen erklärt, ihm seien keine Anhaltspunkte bekannt, dass fehlende Fachkräfte dazu führten, dass Plätze nicht besetzt werden könnten. Auch wenn in den letzten Jahren sehr viel geleistet worden sei, fehlten immer noch Kitaplätze, und in der Anhörung habe Stefan Spieker richtigerweise hervorgehoben, dass die Betreuungsquote für Kinder in der Altersspanne zwischen drei und sechs Jahren vor einiger Zeit 96 Prozent betragen habe und jetzt niedriger ausfalle, wobei des Öfteren gerade die Kinder keinen Platz mehr erhielten, die am ehesten davon profitieren würden.

Der Senat sei gefordert, die Anregungen aus der Anhörung ernsthaft zu prüfen und weiter nach Verbesserungen zu suchen. Babette Sperle habe z. B. in der Anhörung deutlich gemacht, dass die Fristen für die Kleinsteinrichtungen so gut wie nie darstellbar seien, weil sie mit zu viel Vorlauf verbunden seien – in den Landesprogrammen. Hier müsse man eine Lösung finden.

Paul Fresdorf (FDP) appelliert ebenfalls an den Senat und die Regierungsfractionen, das Wortprotokoll der Anhörung auf Kritik, Vorschläge und Anregungen der Experten und Expertinnen hin durchzugehen. Die Handlungsfelder seien klar auf dem Tisch, und die Aufgabe bestehe nun darin, zu konkreten Umsetzungen zu kommen.

Vorsitzende Ellen Haubdörfer nimmt erneut für ihre Fraktion Stellung. – Gerade die heutige Diskussion belege erneut, wie wichtig Anhörungen und die entsprechenden Wortprotokolle seien. Die Anzuhörenden hätten auch eine Mission, nämlich die Finanzierung für ihre Projekte sicherzustellen und an der quantitativen und qualitativen Weiterentwicklung mitzuarbeiten. Sie verweise auch auf die Arbeit im Unterausschuss Kindertagesbetreuung, wo z. B. der Monitoring-Bericht zur Kitaentwicklungsplanung vorgestellt werde; nicht jede in der Anhörung genannte Zahl sei ihres Erachtens überzeugend.

Den Vorschlag einer Genehmigungsfiktion unterstütze sie nicht, denn es reiche nicht aus, allein eine Entscheidung über den Bauantrag zu haben, sondern man benötige auch die behördliche Anweisung. Aus ihrer Sicht wäre es schon sehr erfreulich, wenn jedes Kitaausbauprojekt die Bau- und Ausbaustandards für Kitabauprojekte lesen und anwenden würde, denn dann brauche man nicht nachträglich diffizile Schritte unternehmen, wenn es an kindgerechter Ausstattung oder Brandwegen fehle.

Man müsse nicht an allen Stellen in der Stadt Kitas verwirklichen. Die unterschiedlichen Anträge zeigten nicht nur hinsichtlich der Qualität, sondern auch der Ausstattung, des Bauvolumens und der genauen Lage des Grundstückes, ob die Kita an einer bestimmten Stelle reali-

siert werden müsse. Auch wenn es gute Beispiele gebe, müsse man nicht auf jedem Hochhaus eine Kita einrichten; so verhalte es sich auch mit dem Bauen in Trinkwasserschutzzonen. Insofern sollte man nochmals diskutieren, an welchen Stellen ein beschleunigtes Bauen möglich sei. Zu berücksichtigen sei auch, dass der Kitabau mit sehr vielen anderen Projekten der sozialen Infrastruktur konkurriere, die sich auch an dem Auslaufen von Fördermitteln orientieren müssten. Insofern müsse man sich mit dem Bau, der Lage und der Ausstattung der sozialen Infrastruktur in Gänze befassen. Auch der Kitaentwicklungsplanung müsse man sich noch einmal zuwenden; am 30.08.22 habe der Senat den betreffenden Monitoring-Bericht beschlossen, den man auch im Ausschuss besprechen könne und sollte.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) erklärt, hinsichtlich des Kitaausbaus und der Fachkräfteentwicklung sei man auf einem guten Weg, wie z. B. ein Blick in den Kita-Navigator oder auch die Nachfrage seitens einzelner Kitas nach Kindern belegten. Auch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel im letzten Haushaltsplan sei hierbei anzuführen. Im Anschluss an die Ausführungen des Staatssekretärs Bozkurt in der heutigen Sitzung gehe sie davon aus, dass in den Bezirken Spandau, Treptow-Köpenick und anderen ein besonderer Schwerpunkt auf den Kitaausbau gelegt werde, weil es dabei zum Teil um Stadtbezirke gehe, die von einer hohen Armutsbelastung betroffen seien. – In Richtung des Bundesfinanzministers sollte man deutlich machen, dass Sprach-Kitas und anderes nicht nur Ländersache, sondern auch eine Aufgabe des Bundes seien.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenBJF) weist darauf hin, dass in der Anhörung vorgetragene Kritikpunkte – dass beispielsweise für einen Kitabau in Höhe von 2 Mio Euro der Förderantrag nicht genehmigt worden sei – selbst wieder kritisch zu prüfen seien. – Man gehe allen in der Anhörung vorgetragenen Kritikpunkten und Vorschlägen ernsthaft nach. – Zur Kritik, die Förderrichtlinien seien zu starr und kleine Einrichtungen würden nicht gefördert: In der Anhörung habe man deutlich gemacht, dass auch unterjährig das Thema betrachtet werde. – Zur Kreditaufnahme von Kitaeigenbetrieben: Diese Frage könne SenBJF nicht in eigener Zuständigkeit voranbringen, sondern müsse von den Finanzpolitikern geklärt werden. – Zur Vollzeitausbildung: Diesen Punkt habe man aus der Anhörung mitgenommen und als ein To-do eingestuft; man befinde sich dabei noch im Anfangsstadium der Abarbeitung.

Zur Frage der guten Rahmenbedingungen und der Zuschlagstatbestände: Daran arbeite man; der Schulbereich habe mit der Schultypisierung eine ähnliche Herausforderung, und diese gehe man bei SenBJF gemeinsam an, zumal eine Gesamtsystematik sinnvoll sei. – Zu dem vermeintlichen Widerspruch, den der Abgeordnete Roman Simon ausgemacht habe: Wie bereits ausgeführt habe die Lücke zwischen betriebserlaubten Plätzen und dem Angebot verschiedene Gründe; dabei habe er fehlendes Personal als einen der möglichen Gründe benannt. Für die grundsätzliche Aussage, dass der Kitaausbau aufgrund des Fachkräftemangels komplett ausgebremst werde, gebe es keinen Beleg. Aber selbstverständlich gebe es Fälle, wo Plätze dadurch in Gefahr seien, dass das Personal fehle.

Holger Schulze (SenBJF) ergänzt, dass erfreulicherweise über die Haushaltsberatungen noch eine Verstärkung der Kitaaufsicht vorgesehen sei. Diese Stellen seien ab 2022 vorgesehen; das diesbezügliche Verfahren laufe, und man hoffe, diese Stellen tatsächlich noch in diesem Jahr besetzen zu können. Die Stelle für die Gesamtjugendhilfeplanung, die den Aspekt der Liegenschaften und Stadtentwicklung unterstützen solle – die Architektenstelle –, sei für 2023 vorgesehen. Da es für SenBJF von der Ausrichtung her eine neue Stelle sei, erstelle man ge-

genwärtig das Anforderungsprofil; man werde dies dann kurzfristig auf den Weg bringen, um möglichst frühzeitig in 2023 zu einer Verstärkung zu kommen.

Zum Kritikpunkt Bürokratie: Man habe zumindest für kleine Projekte bis 500 000 Euro ein vereinfachtes Verfahren im Bereich des Kitaausbaus, wo man letztlich auch mit Unterstützung des Dienstleisters GSE zu einer einfacheren Prüfung komme und recht schnell tätig sei. Dabei bestehe ein gutes Arbeitsverhältnis mit SenSBW. Zu berücksichtigen sei, dass es um viele Projekte gehe: Man habe eine Förderauswahl über 54 Mio Euro mit 45 Projekten – darunter zahlreiche Neubauprojekte – auf den Weg gebracht, was auch für SenSBW eine erhebliche Herausforderung darstelle. Wenn man also zu einer Beschleunigung kommen wolle, müsse man auch die Kapazitäten bei SenSBW berücksichtigen.

Das Praxisunterstützungssystem im Kontext des Gute-KiTa-Gesetzes gehöre zu den Erfolgen und sei mit Blick auf die Fortsetzung gegenwärtig Gegenstand der Überlegungen. – Zu dem vom Abgeordneten Roman Simon angesprochenen Komplex der Sachkostenentwicklung und Inflation: Die RV Tag enthalte eine recht privilegierte Regelung für den Bereich der Kindertagesbetreuung, da dort nach § 8 letztlich eine Anpassung an den Verbraucherpreisindex möglich sei, und das umfasse sämtliche Sachkosten bzw. mindestens sämtliche Sachkosten aufseiten des Trägers. Im November werde für die zurückliegenden 12 Monate die Preisentwicklung über die Monatsdurchschnitte betrachtet und dann im Folgejahr ein Aufschlag vorgenommen. Das komme also zur eigentlichen Sachkostensteigerung hinzu – 6,6 Prozent über vier Jahre –, die man im letzten Jahre in den Verhandlungen mit den Anbietern vereinbart habe.

Zur Fachkräftesituation und dem Problem, dass Einrichtungen nicht in der Lage seien, ihre betriebserlaubten Plätze anzubieten: SenBJF habe auch das Ziel, die Ausschöpfung, also die Relation von angebotenen Plätzen im Verhältnis zu den betriebserlaubten Plätzen, zu steigern, und das sei in den letzten Jahren auch deutlich geschehen – u. a. als Folge einer leicht verbesserten Fachkräftesituation. Angesichts von 2 900 Einrichtungen in Berlin müsse man aber einräumen, dass nicht bei jeder Einrichtung die gleich gute Personalsituation bestehe; hierbei seien dann wiederum im Detail die Gründe zu betrachten.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer stellt Einvernehmen fest, die Besprechungen zu den Punkten 4 a und b der Tagesordnung abzuschließen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Auswirkungen des Krieges in Europa für die
Bereiche Bildung, Jugend und Familie**
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0048](#)
BildJugFam

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die
Bereiche Bildung, Jugend und Familie**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0013](#)
BildJugFam

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.